

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen.

Erscheint 3 mal wöchentlich
Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Zugpreis monatlich 2.— M., durch die
Post vierteljährlich 6.— M. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg. Kellern
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 1,50 Mf. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion: ... und Verlag: Heinrich Schulze, Bierstadt.

Nr. 119.

Dienstag den 12. Oktober 1920

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

- Die Reichsregierung hat dem Reichswirtschaftsrat eine Verordnung betr. Maßnahmen gegen Betriebsabbrüche und Stilllegungen zur Begutachtung vorgelegt.
- Die Vermittlungsversuche des Reichsarbeitsministers im Berliner Zeitungskampfe sind gescheitert.
- Von dem Streik und der Aussperrung im Berliner Zeitungsgewerbe werden rund 16 000 Arbeiter und Angestellte betroffen.
- Die französische Regierung macht ihre Beteiligung an der Genfer Wiedergutmachungskonferenz von der vorherigen Aufstellung eines gemeinsamen Programms abhängig.
- Als Folge der Brüsseler Finanzkonferenz ist der Zusammentritt einer Handelskonferenz in London geplant.
- Die Sowjetregierung hat sich bereit erklärt, die in dem englischen Ultimatum gestellten Forderungen nach Möglichkeit zu erfüllen.
- Bei einem Eisenbahnunglück in Benedig wurden 23 Personen getötet.

Das Ringen in Genf.

Die Bedingungen der französischen Regierung.

Lloyd George und der belgische Ministerpräsident Delacroix werden am 12. Oktober anlässlich der Enthüllung eines Denkmals in London zusammen treffen und sich bei dieser Gelegenheit über das Zustandekommen der Genfer Konferenz aussprechen. Die Pariser Blätter hoffen, daß sich Delacroix vor dieser Zusammenkunft mit dem Quai d'Orsay in Verbindung setzen werde. Die französische Regierung werde den Konferenzplänen wahrscheinlich keinen unüberwindlichen Widerstand entgegensetzen, sie werde jedoch vermutlich zwei Bedingungen für ihre Einwilligung formulieren:

1. Jede Vereinbarung mit den Deutschen hinsichtlich der Entschädigung muß die Möglichkeit des Zurückgreifens auf Zwangsmassnahmen umfassen für den Fall, daß die Deutschen die Vereinbarungen nicht erfüllen.
 2. Bevor die Verhandlungen in Genf beginnen, müssen sich die alliierten Regierungen auf ein gemeinsames Programm einigen.
- Die erste dieser beiden Bedingungen wird nach Meinung der Pariser Presse bei England auf keinen Widerstand stoßen, da sie in Spaai grundsätzlich bereits angenommen sei. Die zweite Voraussetzung wird in Pariser politischen Kreisen für überaus wichtig gehalten, weil sonst die schwersten Mißverständnisse zwischen den Verbündeten zu befürchten wären. Man glaubt daher, daß Lloyd George auch diese Bedingung nicht ablehnen wird, zumal er sich bereits mit dem Zusammentritt einer „technischen“ Konferenz vor der eigentlichen Genfer Konferenz einverstanden erklärt hat.

Deutsch-französischer Meinungsaustrausch.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist dem französischen Vorkämpfer Lauréant bei seiner Abreise nach Paris durch Minister Simons eine Aufzeichnung übergeben worden, die den Vorschlag macht, formelle Besprechungen zwischen Deutschen und französischen Sachverständigen über die Frage der Reparationen und des Finanzproblems stattfinden zu lassen.

Die Erörterungen sollen zur Vorbereitung einer internationalen Konferenz dienen, auf die Deutschland nach den Zusicherungen in Spaai Anspruch hat. Entgegen anderslautenden Mitteilungen ist bisher mit den Verhandlungen nicht begonnen. Französischerseits ist auch noch keine Mitteilung über eine etwaige Stellungnahme zu den deutschen Anregungen gemacht worden.

Maßnahmen gegen Betriebsstilllegungen.

Anmeldepflicht und Sperrfrist.

Dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist vom Reichswirtschaftsministerium und Reichsarbeitsministerium gemeinsam eine Verordnung betr. Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stilllegungen vorgelegt worden.

Die Verordnung sieht eine Anmeldepflicht vor für ganzen oder teilweisen Abbruch von Betriebsanlagen sowie für die ganze oder teilweise Stilllegung eines Betriebes, sofern sie mit Arbeiterentlassungen im gewissen Umfang verbunden sind. Die Verordnung bezieht sich auf industrielle Betriebe sowie auf die Betriebe des Bergbau- und Hüttenwesens des Reiches und der Länder, soweit in ihnen mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt werden. Von der Anzeigepflicht ist eine Sperrfrist von 4 Wochen im Falle der beabsichtigten Stilllegung, von 6 Wochen im Falle des beabsichtigten Abbruchs, welche

terer unter gewissen Voraussetzungen um weitere drei Monate verlängert werden kann. Während dieser Zeit darf im Betriebe keine Veränderung der Sach- und Rechtslage vorgenommen werden, die seine ordnungsmäßige Führung beeinträchtigen könnte.

Die Sperrfrist dient dazu, den für die Durchführung der Verordnung zuständigen Demobilisierungsbehörden Gelegenheit zu geben, im Benehmen mit der Betriebsleitung und dem Betriebsrat sowie gegebenenfalls mit örtlichen und sachlichen Sachverständigenorganisationen Hilfsmassnahmen zu ergreifen, um dem Abbruch bzw. der Stilllegung vorzubeugen. Eine genaue Ausführungsanweisung an die Demobilisierungsbehörden weist diesen im einzelnen die Wege, wie sie je nach der Ursache der für die Stilllegung oder den Abbruch maßgebenden Schwierigkeiten Maßnahmen zur Stützung des Betriebes ergreifen können (z. B. produktive Erwerbslosenfürsorge, öffentliche Aufträge). Dabei ist ausdrücklich hervorgehoben, daß nicht jede Stilllegung als ein volkswirtschaftliches Unglück betrachtet werden darf. Vielmehr kann infolge des Spaai-Abkommens verschärfte Kohlenlage leicht dazu führen, daß gewisse Einschränkungen der industriellen Produktion im Interesse einer möglichst wirtschaftlichen Ausnutzung der vorhandenen Rohstoffe sogar angestrebt werden müssen.

Der Gesichtspunkt einer möglichst rationellen Ausnutzung der vorhandenen Roh- und Betriebsstoffe kommt in der Verordnung auch dadurch zum Ausdruck, daß die Demobilisierungsbehörden ermächtigt werden, nach der Anzeige der beabsichtigten Stilllegung oder des beabsichtigten Abbruchs die im Betriebe vorhandenen Vorräte zu beschlagnahmen und zu enteignen. In erster Linie sollen auch hier die im Betriebe vorhandenen Kohlenvorräte erfasst und weiterer produktiver Verwendung zugeführt werden.

Der ausgehungerte Ackerboden.

Landwirte, denkt an Phosphorsäuredüngung!

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft teilt mit:

Die diesjährige Getreideernte hat einen erheblichen Ausfall am Körnerertrage gegenüber früheren Ernten ergeben. Der Grund hierfür ist hauptsächlich der, daß dem Boden die nötige Phosphorsäure gefehlt hat. So betrübend das diesjährige Ergebnis auch ist, so hat es doch eine allen Kreisen sühnbare Lehre gegeben, daß nämlich gerade die Phosphorsäure zur Erzielung guter Ernten ausschlaggebend ist. Vor dem Kriege waren unsere Kulturböden größtenteils mit Phosphorsäure gesättigt. Damals hat eine zu geringe Phosphorsäureabgabe, ja selbst ein einmaliges Ausbleiben sich bei der nächsten Ernte nicht in dem Maße gerächt, wie heute. Heute aber kann auf eine ausgiebige Phosphorsäuredüngung auf keinen Fall verzichtet werden. Jetzt zeigt der einheimische Boden einen

erschreckenden Mangel an Phosphorsäure

und unsere ausgehungerten Kulturböden können den Pflanzenwurzeln nicht mehr die erforderlichen Nährstoffe bieten. Wenn hier nicht schleunigst durch ausreichende Düngergaben geholfen und den Pflanzkräften nicht sofort genügend Phosphorsäure zur Verfügung gestellt wird, dann ist eine vollwertige Ackerbildung ausgeschlossen. Dann müssen bei der nächsten Ernte weitere große Fehlbeträge im Körnerertrag eintreten, und die einheimische Landwirtschaft wird unsere notleidende Bevölkerung noch weniger mit dem nötigen Brot versorgen können als bisher. Wenn nicht eine rechtzeitige und ausgiebige Phosphorsäuredüngung erfolgt, müssen weiterhin große Mengen Getreide eingeführt werden, für die unser Geld ins Ausland flieht.

Der Preis für Superphosphat ist infolge der hohen Auslandswährung gegen früher allerdings hoch, aber die hohen Preise sollten die Landwirte von ausreichender Anwendung phosphorsäurehaltiger Düngemittel bei deren besonderer Bedeutung nicht abhalten. Dazu kommt, daß die hohen Befehlspreise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bei der Festsetzung der Preise für die Ernte 1921 berücksichtigt werden, so daß für den Landwirt die Anwendung von phosphorsäurehaltigen Düngemitteln recht lohnend sein wird.

Genügende Superphosphat-Vorräte sind vorhanden.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft nimmt nochmals Gelegenheit, die Landwirte dringend zu ermahnen, zum sofortigen Bezuge der benötigten Düngemittel zu schreiten. Angesichts der bald einsetzenden Ueberlastung der Eisenbahnen ist aber eine rechtzeitige Versorgung nur bei sofortigem Bezuge gewährleistet. Das Frühjahr wird allem Anschein nach ganz erhebliche Anforderungen an die Eisenbahnverwaltung stellen, so daß dann mit einer Zuführung der erforderlichen Mengen nicht gerechnet werden kann.

Das englische Ultimatum.

Entgegenkommende Antwort der Sowjetregierung.

Die englische Regierung hatte vor einigen Tagen an Sowjetrußland eine Note gerichtet, in der sie die Freilassung der in Wladiwostok gefangenen englischen Soldaten forderte und eine Begleichung der Schulden verlangte, die das zaristische Rußland in England gemacht

hatte. Die Note war ultimatim gehalten; im Falle der Nichterfüllung der Forderung war erneute Blokade und Ausweisung der russischen Handelsdelegation in London angedroht worden.

Die Sowjetregierung erklärt sich jetzt in ihrer Antwort auf das englische Ultimatum bereit, alle Forderungen, die England hinsichtlich der Freilassung der englischen Soldaten gestellt hat, zu erfüllen. Die bolschewistische Propaganda, so heißt es in der Antwort weiter, würde sofort eingestellt werden, sobald die Handelsabereinkunft zwischen England und Rußland unterzeichnet worden sei. Auf die englische Forderung, daß Rußland seine Schulden bezahlen solle, erklärt die Sowjetregierung, daß nichts vorhanden wäre, womit man bezahlen könnte, und daß das alte Rußland nunmehr ja in sechs oder sieben andere Staaten gesplittert wäre. Sowjetrußland könne doch nicht die ganze Bürde allein tragen. Diese Seite der Angelegenheit wüßte Sowjetrußland durch die Bewilligung von Konzessionen zu ordnen, zu denen man sich gern bereit erkläre.

Die Antwort an England zeigt ebenso wie die Haltung der russischen Delegierten in Wiga, daß die Sowjetregierung zu sehr erheblichen Opfern bereit ist um mit Polen und der Entente endlich zum Frieden zu gelangen.

Ein polnischer „Schwenk“.

Am 7. Oktober abends ist der Friedensvertrag zwischen der litauischen und der polnischen Regierung in Wilna endgültig unterzeichnet worden. Die litauische Telegraphenagentur meldet: Trotz der Unterzeichnung des Friedensvertrages fahren die Polen fort, die litauischen Stellungen anzugreifen und die litauischen Truppen mit Artillerie zu beschleßen. Gegen diese Verletzungen der Bestimmungen des Völkerbundes wird schärfster Protest vor der ganzen Welt erhoben.

Die litauische Regierung hat angesichts der immer kritischer werdenden Lage an die Vertreter der Entente den Antrag gestellt, die provisorische Verwaltung der Stadt Wilna in ihre Hände zu nehmen. Die litauische Regierung stellt die Kommandantur und die Miliz zur Verfügung. Der zeitweilige Leiter ist der französische Vertreter in Wilna Reboval.

Die Territorialkommission der Wigaer Friedenskonferenz hat unter Zustimmung beider Parteien die Unabhängigkeit Weißrußlands anerkannt.

Die künftige Ostgrenze Polens.

Die künftige Ostgrenze Polens verläuft von der Duna, unweit Polozk beginnend, in südwestlicher Richtung, dann ungefähr parallel zu der Beresina, wobei Minsk östlich der Grenze bleibt, und südöstlich entlang dem Hauptweg zwischen Baranowitzki und Minsk an der Bahn Koisanow auf den Rajemen zu. Weiter verläuft sie längs des Flusses Kan bis zu dessen Mündung in den Pripiet. Von hier aus läuft sie etwa 40 Kilometer östlich der Bahn Rowno—Sarny—Luminez.

Die Kampfhandlungen haben anscheinend beendet aufgehört. Der Vormarsch der polnischen Truppen in die Demarkationslinie ist im Gange. Durch den Wigaer Vertrag ist die direkte Berührung Litauens mit Rußland aufgehoben, und die litauisch-russischen Beziehungen sind zu litauisch-polnischen Beziehungen geworden.

Der Berliner Zeitungskampf.

Ergebnislose Verhandlungen.

Im Reichsarbeitsministerium fand am Mittwoch eine Besprechung der Vertreter der Berliner Zeitungsverleger mit den Streikenden und den ausgesperrten Druckern und Arbeitern statt. Die Aussprache, die von dem Regierungsrat Wähler geleitet wurde, führte jedoch zu keinem Ergebnis. Die Unternehmervertreter lehnten es nach wie vor ab, die den kaufmännischen Angestellten durch den Spruch des Schlichtungsausschusses anerkannte Gehaltssteigerung von 15 Prozent zu bewilligen. Der Vorsitzende erklärte damit den Vermittlungsversuch als vorläufig gescheitert, befiel jedoch im Auftrage des Reichsarbeitsministers vor, die Parteien alsbald zu neuen Verhandlungen zusammenzubekommen, wenn ihm der geeignete Zeitpunkt als gekommen erscheine.

Weitere Ausdehnung der Aussperrung.

Die Zahl der an dem Streik der Zeitungsgestellten und der Aussperrung des technischen Personals betroffenen Arbeiter und Angestellten ist auf 16 000 angewachsen. Am Streik befinden sich etwa 3000 kaufmännische Angestellte und von der Aussperrung sind 13 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen.

Die bisher noch erschienenen bürgerlichen Tageszeitungen, die „Germania“ und „Deutsche Zeitung“, haben nunmehr auch ihr Erscheinen eingestellt. Die Berliner Zeitungsverleger sind nunmehr in ihrer ablehnenden Haltung völlig einig.

Herstellung einer Volkszeitung.

Wie verlautet, soll ein Einheitsblatt herausgegeben werden, ein Zeichen dafür, daß die Zeitungsverleger sich auf eine längere Dauer des Streiks und der Aussperrung einrichten gedenken. Auch soll angebahnt werden, die Zeitungen in anderen Druckereien, gegebenenfalls auch anderen Orten herstellen zu lassen.

Die „Freiheit“ ist allerdings der Meinung, daß dieser Versuch an der Solidarität der Buchdrucker scheitern wird. Dem Blatt ist die Absicht der Unternehmer vollkommen klar. Nach seiner Ansicht soll der Versuch der Herstellung eines Einheitsblattes in Berlin dem Zwecke dienen, die Ausdehnung des Kampfes über die Zeitungsbetriebe hinaus auf alle Buchdruckereien Berlins zu sichern, während der Versuch, das Blatt außerhalb Berlins herzustellen, den Vorwand für die allgemeine Aussperrung in ganz Deutschland liefern soll. Die „Freiheit“ vertritt die Auffassung, daß „das mächtige Zeitungstabak als letzter Vortrupp des Unternehmertums“ bewußt den ersten Schritt zur Herabsetzung der Lebenshaltung weiterer Schichten der Arbeiter setzen will.

Der „Vorwärts“ sieht nicht ganz so schwarz als das Parteiblatt der Unabhängigen, immerhin befürchtet er bei dem hartnäckigen Standpunkt der Unternehmer, daß die Bewegung in den nächsten Tagen weitere Kreise erfasse, eine Gefahr, die abzuwenden zur Zeit noch in den Händen der Zeitungsverleger liegt.

Weitere Verschärfung des Konflikts.

Wie der „Vorwärts“ erfährt, hat der Kampf im Zeitungsgewerbe eine wesentliche Verschärfung erfahren:

„Aus Grund ihrer Sympathieerklärung für die Zeitungsverleger seitens der Buchdruckereibesitzer haben sich 150 Berliner Firmen bereit erklärt, die Herstellung der Zeitungen und der sonstigen Arbeiten der Zeitungsbetriebe zu übernehmen. Bei Ablehnung der Ausführung dieser Arbeiten durch das Personal werden die Druckereifirmen ebenfalls zu Entlassungen ihrer Arbeiter schreiten. Die Buchdrucker und Hilfsarbeiter der „Neuen Zeit“ in Charlottenburg haben sich geweigert, die Herstellung der von den Verlegern geplanten Einheitszeitung auszuführen. Daraufhin sind diese Arbeiter fristlos entlassen worden. Bureist findet eine Sitzung der Zeitungsverleger statt, in der über weitere Maßnahmen beraten wird.“

Das Blatt setzt vorläufig noch Zweifel in die Richtigkeit dieser Meldung. Denn von vornherein ließe sich doch fest, daß die organisierte Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe mit ihrem stark ausgeprägten Solidaritätsgefühl sich niemals dazu hergeben würde, die Arbeiter zu verrichten, wegen deren Verweigerung ihre Kollegen gesperrt seien.

Ostpreußen in Not.

Abverkauf der ostpreussischen Viehbestände.

Die Ostmesse in Königsberg hat wieder einmal im Reich das Interesse für die ostpreussische Provinz geweckt, die durch die Abtrennung von dem einheitlichen Wirtschaftsgebiet immer mehr isoliert zu werden droht. Die politische Lage wird zwar gegenwärtig mit ruhigeren Augen angesehen. Nach Ansicht der zuständigen Behörden sind weder von links noch von rechts Rücksicht zu erwarten. Viel schwieriger ist augenblicklich die wirtschaftliche Lage.

Was den Handel anbetrifft, so sollte die Ostmesse dazu dienen, die Handelsbeziehungen mit dem Osten, Rußland und den neugebildeten Landstaaten, wieder anzuknüpfen. Zurzeit ist es leider nicht gelungen. Die in Friedenszeiten so lebhaften Königsberger Hafenanlagen sind heute wie tot, die große Getreidepeitscher sind völlig leer. Die Messe sollte hier Wandel schaffen und an einer Wiederbelebung des ostpreussischen Handels

tugren. Ferner sollte verputzt werden, daß der ganze Warenverkehr nach den von den Alliierten begünstigten Häfen von Danzig, Elbau und Riga abgelenkt wird.

Wenn auch der Handel bisher ziemlich darnieder gelegen hat, so war es in der Provinz Ostpreußen wenigstens mit der Lebensmittelversorgung besser bestellt als im Reich. Leider macht sich jetzt auch da eine Wandlung zum Schlechten bemerkbar. Hier haben sich seit Aufhebung der Zwangswirtschaft in Fleisch und Vieh, die am 1. Oktober erfolgt ist, besondere Schwierigkeiten ergeben. Sofort in den ersten Oktobertagen ist eine Unmenge Viehhändler in Ostpreußen angekommen, die das Vieh in großen Mengen aufkauften und aus der Provinz nach dem Reich schafften. Die Viehhändler befürchten infolgedessen, daß die Fleischpreise, die bisher niedriger waren als im Reich, binnen kurzem weit über die jetzigen Preise im Reich steigen werden. Auch hat die geringe Milchlieferung und die Erhöhung des Milchpreises bereits große Erregung hervorgerufen. In Ostpreußen ist man gern bereit, die Verpflichtungen gegen das Reich bis zur Grenze des Möglichen zu erfüllen. Der beste Beweis hierfür ist, daß Ostpreußen der Viehablieferung an die Entente in muster-gültiger Weise nachgekommen ist. Die Provinz hat sogar das auf sie entfallende Kontingent wesentlich überschritten, obwohl sie im Gegensatz zu den übrigen Provinzen wegen der Verkehrsschwierigkeiten auf keinen Ausgleich rechnen kann. Im September hat Ostpreußen allein 35 000 Stück Vieh abgeliefert.

Dieser Tage ist nun eine ostpreussische Abordnung von Vertretern der Verbraucher, besonders auch der Gewerkschaften und Angestellten, von Handelskammern in Berlin eingetroffen. Sie hat bei den preussischen und Reichsbehörden ihre Wünsche dahin vorgetragen, daß dem Oberpräsidenten von Ostpreußen unter Hinzuziehung von Sachverständigen das Recht eingeräumt wird, Ausfuhrbeschränkungen dann durchzuführen, wenn eine Lebensgefahr für die Erhaltung des ostpreussischen Viehbestandes festgestellt wird. Die Abordnung hat weiter darum, als Empfangsstation für das ostpreussische Vieh ausschließlich die Zentralviehboje in Berlin zu bestimmen, damit eine Kontrolle über das Eintreffen der abgeandten Viehmengen bei einem einzigen Empfänger besteht und damit Verschleppungen im polnischen Korridor leichter festgestellt werden können. Nur auf diese Weise hofft man dem Ausverkauf der ostpreussischen Viehbestände vorbeugen zu können.

Die Verhandlungen über die Wünsche der ostpreussischen Abordnung sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Doch ist anzunehmen, daß die Reichsregierung die berechtigten Forderungen der Provinz nach ihren Kräften berücksichtigen wird. Daneben schweben bekanntlich noch andere Verhandlungen über die Besserung der wirtschaftlichen Notlage der Provinz. Besonders arg ist es mit der Kohlenversorgung bestellt. Infolge der schwierigen Transportverhältnisse durch den Korridor und auf dem Seewege wird die Kohle ungeheuer verteuert. Auch in dieser Angelegenheit soll demnächst eine Wandlung eintreten.

Politische Rundschau.

Berlin, 9. Oktober 1920.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden des Friedensvertrages zwischen Deutschland und Letland ist am Freitag vollzogen worden.

Die Hamburger Unabhängigen haben sich mit übergroßer Mehrheit für den Anschluß an Moskau ausgesprochen.

Die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund. Ein Organ der Koalitionsliberalen veröffentlicht eine wichtige politische Erklärung Lloyd Georges. Darin spricht er sich für die Einführung der Homerule für Irland auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Kolonien aus. Weiter sagt er, daß solange die Vereinigten Staaten und Deutschland außerhalb des Völkerverbundes bleiben, der Bund niemals ein zweckmäßiges Instrument werden könne, da er seit 1814 ein Bund

der Alliierten sei. Lloyd George sprach sich weiter gegen die Nationalisierung der Bergwerke und Eisenbahnen aus.

General Le Rond kehrt doch nach Schlesien zurück. General Le Rond wird nach seinen Besprechungen in Paris nach Schlesien zurückkehren, um seinen Posten als Chef der interalliierten Militärkommission wieder anzutreten.

Ruhe in Ostpreußen.

Wie der „D. N. Z.“ aus Weuthen gemeldet wird, ist die Lage in Ostpreußen in den letzten Tagen verhältnismäßig ruhig, wenngleich Ueberfälle in einzelnen Grenzgemeinden noch fast täglich zu melden sind. Auch in den unmittelbar an den Landesgrenzen gelegenen Kreisen ist der Friede wieder soweit hergestellt, daß das Erwerbsleben ungehindert seinen Lauf nimmt. Verbrechen sind hier und da zu verzeichnen, tragen keinen politischen Charakter. So wurde in Mittelland in Ostoberschlesien die dortige Post überfallen, wobei den Räubern 42 000 M. bares Geld in die Hände fiel. Der Haupttäterführer des Josephstaler Massenmordes, Baron, ist im Hübener Gebiet dingfest gemacht worden.

Die Spaltung in der U. S. P. D.

Wie die „Rote Fahne“ meldet, haben nach einer vorläufigen Uebersicht die Wahlen für den Parteitag folgendes Ergebnis gehabt: Für den Anschluß an die kommunistische Internationale 87 511 Stimmen und 131 Delegierte, gegen den Anschluß 72 466 Stimmen und 98 Delegierte. Nach Mitteilungen von unterrichteter Seite soll dieses Resultat allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit ergeben. Zum Parteitag in Halle werden ungefähr 400 Vertreter der einzelnen Bezirke entsandt werden. Nach der bisherigen Uebersicht läßt sich erkennen, daß im Reich etwa 55 bis 60 Prozent der Mitglieder der U. S. P. D. gegen den Anschluß an Moskau gestimmt haben. Eine genaue Uebersicht wird sich erst am Montag mittig in Halle ergeben, wo die Kongreßteilnehmer festgesetzt und die Stimmen für oder gegen den Anschluß an die dritte Internationale ermittelt werden.

Beginn des sozialdemokratischen Parteitages.

Am Sonnabend begann in Kassel der Sozialdemokratische Parteitag in dem Kesselfeld der Kasselet Stadthalle seine Arbeit. Vermittags trat im Bienen Saale der Stadthalle die Sozialdemokratische Frauenkonferenz zusammen, die von der Vorsitzenden, Frau Marie Jugacz, eröffnet wurde. Zu der Konferenz waren über 250 Teilnehmer erschienen, u. a. Wels, die früheren Reichstagsmitglieder Scheidemann und Müller, Staatssekretär Heinrich Schulz, Reichstagspräsident Löbe, Dr. A. Braun, Dr. Max Quard, Bürgermeister Ritter von Berlin, sowie Erhard Auer, der endlich von den Folgen des Attentats im Landtagsgebäude zu München nahezu genesen ist. Die in der sozialdemokratischen Frauenbewegung an hervorragender Stelle tätigen Genossinnen waren vollzählig zur Stelle. Am Vormittag fand außerdem eine Sitzung des Vorstandes und der Kontrollkommission statt, während am Nachmittag der Parteiausschuß zu einer Sitzung zusammentrat.

Rundschau im Auslande.

Die Verfassunggebende Versammlung der Freien Stadt Danzig hat die Ueberführung aller im Gebiet der Freier Stadt Danzig befindlichen privaten Kraftwerke in die Hand der Stadt beschloßen, um so in Anbetracht der großen Kohlennot die größte wirtschaftliche Ausnützung der Wasserkräfte zu erreichen.

Die belgischen Gewerkschaften fordern die bedingungslose Annahme des Achtstundentages, wofür falls zum allgemeinen Ausstand geschritten werden soll.

Tschitscherin hat der französischen Regierung mitgeteilt, daß alle französische Staatsangehörige in Rußland, die sich dort in Haft befinden, sofort befreit werden sollen.

In Buenos-Aires (Argentinien) ist durch den Generalkonferenz der Hafenarbeiter die gesamte Schifffahrt ausgesetzt.

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Brand.

40] (Nachdruck verboten.) Die Ueberraschungen für die neue Angestellten sollten mit dieser Unterredung aber noch nicht beendet sein. Sie betrat jetzt die Räume des Grafen von Domines, der abwesend war, aber zurückkehrte, als sie gerade sich wieder entfernen wollte. Er stützte wegen der außergewöhnlichen Schönheit des Fräuleins und fragte sofort mit großer Verbindlichkeit, ob er ihr mit etwas dienen könne. Sie erklärte lächelnd den Zweck ihrer Anwesenheit. Nun lächelte auch er. Er hatte augenscheinlich in ihr die Inhaberin eines ganz besonderen Amtes vermutet.

„Ich muß mich umkleiden, Fräulein“, fuhr er dann fort. „Wollten Sie vielleicht die Güte haben, für mich ein Bukett zu besorgen, das ich einer jungen Dame verehren will. Es sollen einmal keine Rosen sein. Ich möchte Orangeblüten bescheiden darin angedeutet wissen.“

Sie horchte auf. Jetzt fand sie vielleicht wirklich Gelegenheit, ein wenig Vorsehung zu spielen.

„Orangeblüten zieren eigentlich nur einer Braut“, sagte sie wie nebenbei, im harmlosen Plauderton. „Es soll auch so sein“, antwortete er langsam. „Ich bitte Sie, die Blumenhandlung darauf aufmerksam zu machen.“

„Ist die Dame blond oder brünett?“

„Sie ist dunkel, das gerade Gegenteil von Ihnen.“

Klara Brand tat, als besänne sie sich. „Also etwa wie das gnädige Fräulein Donna Gonzalez nebenan. Die Dame sagte mir vorhin, daß sie wahrscheinlich plötzlich nach Brasilien zurückreisen möchten und da...“

Der Graf unterbrach sie. „Was sagen Sie da? Die Damen Gonzalez wollen abreisen?“

„Der Herr hat ein Telegramm erhalten, daß er aus dringender geschäftlicher Ursache nach Hause kommen soll, und da liegt es wohl nahe, daß die Damen ihn begleiten. So habe ich es wenigstens verstanden.“

Diese unerwartete Mitteilung ließ den Grafen jede Reserve vergessen. „Für das Fräulein sollte das Bukett bestimmt sein. Dann sorgen Sie dafür, daß der Blumen-

trauf so schnell wie möglich zur Stelle ist. Und, was ich noch sagen wollte, möchten Sie mir den Gefallen tun, Donna Theresie Gonzalez zu fragen, ob ich der Dame in einer halben Stunde meine Aufmerksamkeit machen dürfte. Und bringen Sie mir den Bescheid.“

Als sie mit ihrer Frage bei den brasilianischen Damen eintrat, waren diese fast in einen Freudenjubiläum ausgebrochen. Klara erzählte, daß sie bereits von der möglichen Abreise gesprochen habe. Da mußte sie eine Umarmung der beiden überschwänglichen Damen über sich ergehen lassen. Sie sollte auch noch einen zweiten Ring annehmen, wehrte sich diesmal aber mit aller Entschiedenheit und setzte auch ihren Willen durch.

Der Graf von Domines wollte ihr, als sie ihm Bescheid brachte, ein Goldstück schenken, kam aber selbst wieder davon ab, indem er sagte: „Einstweilen meinen herzlichsten Dank. Es findet sich wohl noch die geeignete Gelegenheit. Ihnen meine Erkenntlichkeit zu beweisen. Und nun sorgen Sie, bitte, dafür, daß der Strauß recht schnell zur Stelle ist.“

Ohne anzuklopfen, ging in diesem Moment die Tür auf, und die Tänzerin Marion in einer übermodernen Toilette rauschte herein. Klara wollte sich entfernen, aber der Graf deutete auf das Nebenzimmer. „Warten Sie dort einen Augenblick!“ Es schien ihm daran gelegen zu sein, nicht allein mit der Schauspielerin bleiben zu müssen. Das junge Mädchen gehorchte.

„Vergebens habe ich Sie heute erwartet, lieber Graf“, zwischerte die Marion in französischer Sprache. „Und da Sie doch ganz gewiß erfahren haben, daß ich hierher übergesiedelt bin, wird mir die Absicht deutlich, mir aus dem Wege zu gehen. Nein, lieber Charles, machen Sie keine Ausflüchte, ich bin nicht nur überzeugt davon, ich weiß es, Sie wünschen, ich möchte Ihren Weg nicht wieder kreuzen. Das ist schnell gekommen und, offen gesagt, ich bedauere es. Denn mir waren lange gute Freunde, recht gute Freunde, und wenn man auch von mir sagt, ich sei recht leichtgläubig, so habe ich doch für meine treuen Freunde ein gutes Gedächtnis. Aber der niedliche Bursche, den die Deutschen haben: „Scheint die Sonne noch so schön, einmal muß sie untergehen“, ist wohl Wahrheit. Die Sonne unserer Freundschaft ist untergegangen.“

„Aber ich bitte Sie, beste Freundin, wie können Sie so etwas glauben!“ Der Graf sprach es recht lebhaft, aber er konnte eine gewisse Verlegenheit aus seiner Stimme nicht verbannen. Und die Marion empfand dies sehr deutlich, und sie lächelte halb spöttisch, halb wehmützig. Aber sie war frei von jedem Unwillen.

„So hilft Ihnen nichts, Charles, es ist so, wie ich gesagt habe. Spielen wir doch kein Verstecken miteinander. Ich weiß, daß Ihr Herr Papa zuweilen die Puppe hat, Ihnen gegenüber die Rolle des spärlichen Vaters zu spielen. Nicht Ihrwegen, das ist mir bekannt. Aber der Herr Graf von Domines fürchtet, sein einziger Sohn könnte mir seine Grafenkrone zu Füßen legen wollen. Erröten Sie nicht, lieber Charles, es ist nicht am Platze, und es steht Ihnen auch nicht. Die Marion mag ein Kobold, eine exzentrische Persönlichkeit sein, aber dumm ist sie nicht. Ich werde mich hüten, die Frau eines Mannes zu werden, der fast fünf Jahre länger ist als ich. Man kann im Rausch der Verliebtheit die Jahre vergessen, aber der Tag muß kommen, an dem beide Teile lebend werden, und dann ist auch die Reue da. Aber deswegen sollten wir gute Freunde bleiben können. Habe ich doch sogar feurige Kohlen auf das Haupt Ihres Herrn Papa gesammelt, indem ich Ihnen zur Erlangung der 30 000 Mark behilflich war, die er nicht senden wollte. Warum haben Sie mir also nicht längst ganz offen gesagt: beste Marion, ich will die Donna Isabella Gonzalez heiraten, aber unsere Freundschaft soll nicht darunter leiden? Aber so erröten Sie doch nicht schon wieder so mädchenhaft, das überlassen Sie doch Ihrer Braut? Damit Sie wegen meiner Anwesenheit in diesem Hotel ganz unbesorgt sind, will ich Ihnen noch verraten, daß mein Hiersein einem anderen guten Bekannten gilt, der in diesen Tagen wieder hierher zurückkehrt, dem Baron von Hellberg. Der paßt besser zu meinen Jahren. So, und nun machen Sie sich zu Ihrer Brautgams-Besuche fertig, worin ich Sie ja wohl gestört habe. Sollte aber die schöne Donna Isabella eiferfüchtig sein, sie warf mir vorhin, als wir einander begegneten, einen so eigenartigen Blick zu, nun, dann wissen Sie ja, was Sie zu sagen haben.“

(Fortsetzung folgt.)

Eine Ladung



Porzellan!!

Kaffeefervice, fein bemalt, für 6 u. 12 Personen. **64⁵⁰**
ML. 430,00 bis

Frühstückservice, fein bemalt, in verschiedenen Ausführungen. **38⁵⁰**
Stück ML. 80,00 bis

Kaffeetasse, komplett, fein bemalt. **3⁵⁰**
Stück ML.

Kaffeetasse, mit Goldrand. **5⁷⁵**
Stück ML.

Tafelservice in vielen Ausführungen in jeder Zusammenstellung v. ML. 1630.— bis **390⁰⁰**

Kinderservice (Kindersag) Steilig, bemalt. **29⁵⁰**
ML.

Obertasse extra groß, bemalt. **2⁸⁰**
ML.

Kinderbecher bemalt, **1⁵⁰**
ML. 3,25, 2,50,

Große Preisermäßigung in allen Abteilungen!

Man besichtige die Ausstellung.

Man besichtige die Ausstellung.

Ecke Kirchgasse
u. Friedrichstr.

Nietschmann

Ecke Kirchgasse
u. Friedrichstr.

Spezialgeschäft für Küchen-Einrichtungen

(2113)

× Aus dem blauen Ländchen. Die Kelterobstpreise sind in den letzten Tagen ganz gewaltig in die Höhe geschneit. Für Schüttelobst, das vor 14 Tagen noch für 30—36 Mk. der Zentner zu haben war, müssen jetzt schon 65 und 70 Mk. gezahlt werden. Die Nachfrage ist besonders stark seitens Privater, die sich einen billigeren Hausstrunk verschaffen wollen, da ihnen der Preis in den Wirtschaften etwas sehr reichlich hoch erscheint.

Wetterbericht.

13.—14. Zuerst noch heiter, strichweise Regen oder Schmitt r, darauf zunehmende Trübung, Wind schwach.

Bekanntmachungen.

Einladung

zu einer Sitzung der Gemeindevertretung.
Zu der von mir auf **Donnerstag, den 14. Oktober 1920** abends 8 Uhr, hier im Rathaus anberaumten Sitzung lade ich die Mitglieder der Gemeindevertretung und des Gemeinderats ein, und zwar die Mitglieder der Gemeindevertretung mit dem Hinweis darauf, daß die Nichtanwesenden sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. Beschlussfassung darüber, wer an Stelle des verstorbenen Gemeindevertreters Karl Sternberger von hier als Gemeindevertreter aufzurücken soll.
2. Bekanntgabe einer Verfügung des Minister des Innern betreffs Steuerabzug.
3. Antrag der Ww. Gentschel von hier betr. Anerkennung der Bedürftigkeit.
4. Antrag der Ww. Schmutz von hier betr. Anerkennung der Bedürftigkeit.
5. Besuch der Tagelöhner Karl Bierbrauer, Georg Haupt und Emil Stier um 10 Proz. Lohnerhöhung.
6. Besuch des Georg Göb um Bewilligung eines Zuschusses zu den Verteidigungskosten seines Kindes.
7. Bewilligung eines Zuschusses zu den Kosten der Obstschau des Obst- und Gartenbau Vereins für den Stadt- und Landkreis Wiesbaden.
8. Wahl von 3 Mitgliedern aus der Gemeindevertretung zur Schuldeputation.
9. Ersatzwahl für folgende Kommissionen:
 - a) Finanzkommission für das verstorbene Mitglied Karl Sternberger und für das verzoogene Mitglied Richard Wink.
 - b) Verkehrskommission für Karl Sternberger verstorben.
 - c) Kommission zur Vorbereitung der Steuer nach dem gemeinen Wert von Richard Wink.
10. Eingabe von 7 Gemeindev Vertretern und Beratung derselben betreffend 3 Anträge und 6 Anfragen.

Für das vor der Gemeinde demnächst in eigene Haltung und Pflege zu nehmende Mannvieh soll ein Wärter eingestellt werden. Personen welche zur Uebernahme dieser Arbeit bereit sind, wollen sich unter Angabe ihrer Ansprüche bis zum 15. Oktober auf der Bürgermeisterei melden.

Ebenso ist die Gemeinde Käufer für Futterkartoffeln und Dickwurz. Etwaige Angebote mit Preisangabe werden auf Zimmer 3 angenommen.

Mittwoch, den 13. d. Mts beginnt wieder der Unterricht in der gewerblichen Fortbildungsschule. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß alle gewerbliche, landwirtschaftliche und ungelernete Arbeiter, welche in den 3 letzten Jahren aus der Schule entlassen wurden, zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichtet sind.

Wiesbaden, den 12. Oktober 1920.
Der Bürgermeister: J. B. Bierbrauer Beigeordneter.

Anlässlich unserer am 10. Oktober stattgefundenen Vermählung sagen wir auf diesem Wege allen Bekannten für die Geschenke und Gratulationen unseren

besten Dank.

Erwin Kupfer und Frau.

Das eigene Interesse eines jeden Mieters erheischt Mitglied des Mieterschutz-Vereins Bierstadt zu sein.

Lurnverein Bierstadt

Eingetragener Verein.

Die Mitglieder des Vorstandes und des Vergütungs-ausschusses werden zu einer Sitzung am **Donnerstag, abends 8 Uhr** in das Vereinslokal eingeladen.
Um pünktliches Erscheinen bittet
Der Vorsitzende.

Am Samstag, den 16. d. Mts findet im Vereinslokal zum Adler eine

Mitgliederversammlung

statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Oktoberball. 3. Verschiedenes.
Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Einkaufsgenossenschaft f. Kleintierzüchter

G. G. m. b. H.

Maismehl!

Es ist ein Waggon Maismehl eingetroffen. Die Ausgabe erfolgt vormittags und abends bei Mitglied Röhner Langgasse 4.
Der Vorstand.

Ziegenzucht-Verein

Bierstadt:

Wer Dickwurz benötigt muß die Zehnerzahl bei Mitglied Röhner, Langgasse 4 angeben.
Der Vorstand.

Trauringe

Dukatengold 900 gestempelt
18 kar. Gold 750
14 kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gestempelt von 30.— an.

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok, Kirchgasse 70

gegenüber Kurflurplatz
Wiesbaden.

Kennen Sie die gute

65 Pfg. Zigarre?

Probieren geht über studieren.
Sie staunen!
Drogerie Lehmann,
Wiesbadenerstraße 4.

Zucker mit Kakao
½ Pfund 7,50 Mk.
Raabe,
Bierstadter-Höhe 8.

Kopfläuse

nebst Brut vernichtet
Sentaiwasser
Fl. 2,50 und 5.—
Drogerie Lehmann,
Wiesbadenerstraße 4.

Deutscher Jagdhund
auch als Jagdhund geeignet zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle der Werst. Zeitung.

2 einfache Betten m. Sprungrahmen,
1 Zinkbadewanne,
2 eichene Treppen zu 9 und 11 Treppen,
1 Sophastuhl,
1 Kinderstühlchen,
2 Bronzelampen
zu verkaufen.
Bierstadt, Vordergasse 13.

Winterüberzieher und Anzug
billig zu verkaufen, wenig getragen, aus Bortriegszeitstoff, mod. Schnitt, für größere Figur, von Wiesbadener Herrn: **Abt. -straße 80, part.**

Wohnungs-Tausch.
Mieter gesucht für die Hochparterre-Wohnung in meinem Hause, Höhe 22: 4 Zimmer, Balkon (Wintergarten), Küche i. Gartenstod, daneben Mädchenzimmer, gr. Keller, keine Manfarge.
Dafür im Tausch gesucht 3 bis 4 Zimmer-Wohnung mit Manfarden. Geeignetem Mieter wird ein Umzugsentschädigung gewährt.
Näheres i. Stod 9 dd. 12 Uhr.

Echte bayrische Malzbonbon

¼ Pfd. 4,50 Mk., Beutel 2,50 Mk.
Eukalypt. Mentol-Bonbon
Karton 3,75 Mk.
gegen Husten und Heiserkeit
empfiehlt
Drogerie A. Lehmann, Wiesbadenerstr. 4.
Fornsprocher 3267.

Grosse Vollheringe
wieder eingetroffen
Stück 80 Pfennig.
Raabe,
Bierstadter-Höhe 8.

Kluge Frauen

Vorsicht! b. Ausbleiben der monatl. Söenungs Regel u. Unregelmäßigkeit, kann nur noch ein Mittel helfen, fallen Sie nicht auf die vielen von Nicht-Fachleuten durchgeführte Original-Mittel. welche von kräftiger, überraschender Wirkung sind, durch Dankschreiben nachgewiesen, daß Wirkung schon nach kurzer Zeit eintritt, nur dann können Sie Ihre Lebens wieder froh u. gesund werden. Trotzdem unschädlich, schriftliche Garantie füge ich bei, sonst 3 facher Betrag zurück. — Versand disk. per Nachnahme.
E. Weinert
Hamburg 37 Catharinenstr. 2

Erfolg

schon nach 2 Tagen. Ihre Mittel sind großartig. Voll dankbar, was Dergens teile Ihnen dies mit.

Frauen,

solche und ähnlich täglich mir gehende Dankschreiben begangen, daß ich helfe. Machen Sie sich einen Versuch und teilen Sie mir vertraulich mit, wie lange Sie an Regel-Störungen leiden. Meine Mittel sind nicht gefährlich, vollkommene Garantie. **Drogerie Lehmann**

A. Bartolhy,
Hamburg 13, Grindelweg 1, II

Kluge Frauen

lassen sich nicht täuschen durch oft angebotene meist wertlose Präparate. — Nehmen Sie

Regelstörung,

Störung nur meine auch in verzweifeltsten Fällen erprobten wirksamen Mittel. Sie werden überrascht u. mir dankbar sein. **Drogerie Lehmann** mit Garantie, voll- unschädlich, anderenfalls Geld zurück. Wirkung in 3 Tagen.
C. Hansen, Hamburg,
Weidenallee 50.